

IM INTERVIEW: KARL-PETER SCHACKMANN-FALLIS

„Wir haben bereits die europäische Einlagensicherung“

DSGV-Vorstandsmitglied hält bestehenden Spärschutz für ausreichend für eine Bankenunion – Zuversichtlich, noch offene HSH-Fragen klären zu können

Eine europäische Einlagensicherung (Edis) als dritte Säule der Bankenunion hält der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) für überflüssig, weil ein vergleichbares System bereits bestehe. Vorstandsmitglied Karl-Peter Schackmann-Fallis verweist darauf, dass die Deposit Guarantee Scheme Directive Einlagen bis zu 100.000 Euro pro Kunde und Bank in jedem EU-Staat garantiert. Die jüngste Kritik des Bankverbandes BdB im Zuge des Verkaufs der HSH Nordbank sieht er gelassen. Man arbeite weiter an der Lösung „der letzten noch offenen Fragen“.

Börsen-Zeitung, 30.5.2018

Herr Schackmann-Fallis, die große Koalition hat Europa in den Fokus ihres Wirkens gerückt. Fürchten Sie, dass Berlin nun eher zu Konzessionen in Sachen Einlagensicherung bereit ist, um die Bankenunion zu vollenden?

Europa zu stärken, ist richtig. Der französische Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel arbeiten zu Recht daran, dass Europa in der Welt ein eigenes Gewicht hat. Schauen Sie sich nur die Entwicklungen und Turbulenzen um uns herum an. Es sind nicht nur kriegerische Konflikte, sondern auch Wirtschafts- und Handelskonflikte.

Also stimmen Sie Macrons europapolitischen Vorstellungen zu? Die Diskussion dreht sich im Kern darum, wie die Europäische Union gestärkt werden kann. Präsident Macron hat in seiner Sorbonne-Rede viele wichtige Punkte genannt. Sie laufen darauf hinaus, dass man die europäischen Kompetenzen stärkt, die schon existieren. Ich denke, dass einige der Überlegungen des französischen Präsidenten wirklich sinnvoll sind. Frau Merkel und die Bundesregierung haben ja auch bereits Vorschläge gemacht. Jetzt geht es darum, einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Das heißt? Wichtig ist, auch in Europa am Grundsatz der Einheit von Risiko und Haftung festzuhalten. Man kann Europa nicht dadurch stärken, dass Lasten auf andere abgewälzt werden. Deshalb halte ich nichts von einer vergemeinschafteten europäischen Einlagensicherung. Mit der Deposit Guarantee Scheme Directive (DGSD) haben wir bereits die notwendige europäische Einlagensicherung, die wir für eine Bankenunion brauchen. Damit werden überall in der EU die Einlagen auf gleichem Niveau abgesichert, nämlich bis zur Höchstgrenze von 100.000 Euro. Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die Regeln umzusetzen und dazu bis zum Jahr 2024 die Haftungstöpfe in eigener Verantwortung aufzubauen. Allerdings sind die Auffüllungsstände der Töpfe derzeit sehr unterschiedlich; in Deutschland sind wir weit fortgeschritten. Jeder sollte jetzt seine übernommene Verantwortung wahrnehmen. Genau das stört aber die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag für eine vergemeinschaftete

„Die Belastungen durch die Regulierung nehmen zunächst noch zu – wobei ich den Eindruck habe, dass die Politik zunehmend die Kollateralschäden sieht und bereit ist, diese Fehler zu bereinigen.“

Einlagensicherung Edis. Denn sie nährt damit den fatalen Eindruck, man könne die eigene Verantwortung sozialisieren und damit gleichsam anderen auf die Schultern legen.

Haben Sie denn den Eindruck, dass Frau Merkel einen neuen Zungenschlag in die Debatte „um eine europäische Einlagensicherung gebracht hat?

Die deutsche Position war immer, dass zunächst eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein müssen, bevor man wieder über die Einlagensicherung sprechen kann. Zu den drei

wichtigsten zählt die Lösung der Problematik der faulen Kredite in Europa. Diese Lösung wird derzeit eher verzögert. Da hilft es auch nicht, wenn die EU-Kommission europäische Durchschnittswerte ausrechnet. Denn dadurch wird nur die tatsächliche Situation vernebelt. Als Zweites braucht es ein einheitliches europäisches Insolvenzregime. Was aber auch bedeutet, dass die Verwertungsmöglichkeiten von Sicherheiten für die kreditgebenden Banken gleich sein und deutlich verbessert werden müssen. Denn Banken in anderen Ländern brauchen zum Teil zwei- bis dreimal so lange wie in Deutschland, um Sicherheiten zu verwerten. Die dritte Frage ist die Unterlegung von Staatsanleihen mit Eigenkapital. Und auch bei Erfüllung dieser Voraussetzungen ist entscheidend, dass entsprechend dem Koalitionsvertrag Risiko und Haftung zusammenbleiben.

Das ist Linie der Koalition? Dieser richtige Grundsatz steht klar im Koalitionsvertrag. Und dort steht auch unmissverständlich, dass die neue Bundesregierung die Verbundsysteme, also die Genossenschaften und die Sparkassen, besonders unterstützen will. Beide Verbundsysteme schützen heute nicht nur die Einlagen, sondern sichern auch den Bestand ihrer Institute über die sogenannte Institutssicherung. Sie lassen also einen Sicherungsfall gar nicht erst eintreten. Diese sehr präventiven Systeme werden durch die bisherigen europäischen Regeln ausdrücklich anerkannt. Eine vergemeinschaftete europäische Einlagensicherung würde dies wieder in Frage stellen. Da hilft es uns auch nicht, wenn man betont, wir könnten die Institutssicherung ja zusätzlich machen. Dann müssten wir zweimal zahlen – neben der Institutssicherung in eine europäische Versicherung für einen Fall, den wir mit der Institutssicherung gerade ausschließen.

Das bedeutet, die Position der Kommission wäre, Ihr könnt gerne noch eine Institutssicherung haben, aber die ist für uns nicht entscheidend?

Im dem Vorschlag der Kommission gibt es die nicht mehr. Auch deshalb lehnen wir den Vorschlag ab – und zwar im Einvernehmen aller in der Deutschen Kreditwirtschaft vertretenen Bankenverbände und mit der Bundesregierung.

Was würde mit dem Geld in der Institutssicherung passieren? Es würde nach Vorstellung der Kommission in der dritten Ausbaustufe von Edis auf europäischer Ebene in dem europäischen Deposit Insurance Fund landen.

Wie hoch schätzen Sie den Konsolidierungsbedarf im deutschen Bankenmarkt ein? Mit Blick auf die Konsolidierung in Europa liegen wir in Deutschland im Durchschnitt. Das gilt sowohl für das Verhältnis Anzahl der Banken pro Einwohner als auch für die Anzahl der Banken zum BIP. Von daher gibt es keinen Bedarf an weiteren Konsolidierungen.

Dennoch ist die Sparkassenzahl gesunken. Was sind die Treiber? Wir haben in den vergangenen Jahren eine Reduzierung der Zahl der Sparkassen gesehen – wegen der Zusammenlegung von Gebietskörperschaften, wegen der Niedrigzinsphase und auch wegen des hohen Regulierungsaufwands. Ich will nicht sagen, dass die Regulierung ein operatives Risiko ist, aber manchmal scheint es fast so. Bei Sparkassen sollte Konsolidierung kein Ziel an sich sein, auch weil wir im europäischen Vergleich und auch im Vergleich mit den USA im Schnitt liegen.

Welche Zahl an Landesbanken wäre denn sinnvoll? Im Landesbankensektor haben wir seit der Finanzmarktkrise eine deutliche Reduzierung erlebt, inzwischen auf vier große Institute. Diese Institute haben die Altlasten der Vergangenheit abgearbeitet, einzelne sind noch dabei. Die Frage, in welcher Konstellation diese Institute in Zukunft arbeiten sollen, ist aber Sache der Träger.

Was passiert denn nun mit der Nord/LB?

Offensichtlich werden in Hannover unterschiedliche Modelle überlegt, wie man die Eigenkapitalsituation präventiv verbessern und insbesondere die Ausrichtung auf die maritime Wirtschaft weiter optimieren kann. Das ist Ausdruck von Verantwortung, die die Träger selbstverständlich für ihr Institut übernehmen.

Würden Sie denn einen Einstieg von Privaten begrüßen, gerade angesichts von Gerüchten um Interesse des US-Finanzinvestors Cerberus an der Nord/LB?

Es gibt keinen Anlass, Gerüchte zu kommentieren. Zum ersten Teil Ihrer Frage: Das entscheiden die jeweiligen Träger. Der DSGV ist nicht Träger der Nord/LB.

ZUR PERSON

Politökonom

für – In der dreiköpfigen Verbandsleitung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) ist Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis am längsten dabei: Seit 13 Jahren verantwortet er die Bereiche Wirtschaft sowie Politik und seit 2011 obendrein Banksteuerung und steht mittlerweile dem vierten Präsidenten als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied zur Seite: Dietrich H. Hoppenstedt, Heinrich Haasis, Georg Fahrhenschen und seit Jahresbeginn Helmut Schleweis.

Der 63-Jährige ist in beiden Welten, Wirtschaft und Politik, zu Hause. So war der Dipl.-Volkswirt von 1985 bis 1997 in der Grundsatzabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums tätig und wechselte dann ins sachsen-anhaltinische Finanzministerium, zunächst als Abteilungsleiter, später als Staatssekretär. 2001 zog es ihn ins benachbarte Brandenburg, wo er vier Jahre lang in der gleichen Position wirkte, bis er Ende 2004 zum DSGV stieß.

DSGV-Präsident Helmut Schleweis hat eine Konsolidierung in der Sparkassenwelt gutgeheißen. Erst jüngst hat er gesagt, dass „starke Spitzeninstitute – oder ein starkes Spitzeninstitut – vonnöten seien. Bleibt am Ende vielleicht nur eine Landesbank übrig?

Die Sparkassen brauchen Verbunddienstleister wie die Landesbanken. Sie sind aber daran interessiert, dass deren Zahl nicht zu groß ist. Deshalb ist es gut, dass wir bereits eine deutliche Konsolidierung gesehen haben. Entscheidend ist, dass die, die es gibt, schwarze Zahlen schreiben und die regulatorischen und wirtschaftlichen Anforderungen erfüllen.

Ist die Nord/LB wirtschaftlich? Es sollen 3 Mrd. Euro fehlen. Das Land Niedersachsen hat sich offenbar bereit erklärt, gegebenenfalls eine Kapitalspritze vorzunehmen. Zudem sind die Sparkassenverbände im Boot. Die Sparkassen sind also stark engagiert. Für uns als Verband ist wichtig, dass unsere Mitgliedsinstitute die regulatorischen Anforderungen erfüllen und das Eigenkapital für die notwendigen Geschäfte haben. Wenn die Nord/LB und ihre Träger zu der Einschätzung kommen, dass sie mit Blick auf die Zukunft Maßnahmen vornehmen sollten, dann ist das sinnvoll.

Die Nord/LB hat jetzt eine harte Kernkapitalquote von 12,2%. Um Ratingagenturen und Aufseher zufriedenzustellen, sollen es 13% werden. Was geschieht jetzt – Teilprivatisierung, Vollprivatisierung, Zerschlagung, Kapitalzufuhr durch die Träger?

Wir sind überzeugt, dass die Bank und ihre Träger verantwortungsvoll entscheiden werden.

Nehmen wir mal an, es kämen Privatinvestoren rein. Dann hätten Sie dasselbe Problem in grün wie bei der HSH, weil dann wieder die Frage nach der Einlagensicherung aufträte.

Wir haben weder da noch dort ein Problem. Bei der HSH Nordbank wird von unserer Seite der Wechsel

im Einlagensicherungssystem sehr konstruktiv begleitet. Wir wollen, dass der Verkaufsprozess erfolgreich abgeschlossen wird.

Der bereits geglückt geglaubte Verkauf der HSH an ein Konsortium aus Cerberus und J.C. Flowers ist nun unsicher. Die Frage des Übergangs aus der Sparkasseneigenen Institutssicherung in die Einlagensicherung des Bankverbandes ist noch strittig. Schien sich die Diskussion bislang nur um die Überbrückung des dritten Jahres zu drehen, so hat der Bankenverband klargestellt, dass die HSH frühestens nach fünf Jahren vollen Einlagenschutz erlangen könne. Wie ist die Haltung des DSGV?

Was solche Synergien angeht: Liene Buchholz, die Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe, hat gesagt, dass sie sich eine Datenfabrik wünschen würde, in der die Daten der Sparkassen für die Aufsicht verarbeitet werden. Im Prinzip haben die Sparkassen so eine Fabrik ja schon in Form der S Rating und Risikosysteme GmbH.

Es geht darum, die Datenbereitstellung für die Sparkassen so effizient wie möglich zu gestalten. Da sind wir uns absolut einig. Wir benötigen dazu aber keine zusätzliche Organisationseinheit. Unsere Aufgabe ist, die S Rating, die FI und in Teilen auch den Deutschen Sparkassenverlag gut zu verzahnen. Denn jede dieser Einheiten hat Spezialkompetenzen, die wir heute gemeinsam benötigen. Die Produktion der Daten, die der Aufsicht in den verschiedensten Bereichen gemeldet werden müssen, erfolgt schon sehr effizient.

Wie viele Sparkassen kooperieren mit S Rating? Alle.

Nennen Sie doch ein Beispiel, wie sie die Sparkassen unterstützt. S Rating ist 2004 gegründet worden, um mit den Daten aller Institute der Sparkassen-Finanzgruppe Ratings zu konzipieren. 2015 wurde ein weiterer Geschäftsbereich für die Umsetzungsunterstützung in der Banksteuerung geschaffen. Dafür ist eine enge Kooperation mit dem zentralen IT-Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe, der FI, notwendig. Das erste Projekt war ein MaRisk-Reporting für Sparkassen. Die S Rating hat das bankfachliche Konzept erstellt, auf Basis dessen die Berichterstattung erfolgen soll, und die FI hat es technisch implementiert, so dass die Sparkassen die Daten ihrer Reports standardisiert und automatisiert erhalten. Sie müssen dann an die Institutsbedürfnisse nur angepasst werden. Das spart erhebliche personelle und zeitliche Kapazitäten.

Wie haben die Sparkassen das angenommen?

Wir sind hier sehr zufrieden. An diese Standardisierung mussten sich viele erst gewöhnen, aber die Vorteile liegen auf der Hand. Nur durch ein standardisiertes Vorgehen können wir die Economies of Scale im Verbund erreichen, um auf der Kostenseite die Wettbewerbsfähigkeit der 386 Sparkassen zu erhalten. So werden beispielsweise die Finrep-Meldungen bereitgestellt und zukünftig die Anacredit-Daten aufbereitet.

Wofür ist S Rating noch zuständig?

Alle Kreditinstitute stehen vor der Herausforderung, dass sich im Laufe der Zeit Datenschicht über Datenschicht und Systeme über Systeme gelegt haben. Wir lösen dies für die Bank- und später auch für die Vertriebssteuerung dadurch auf, dass die S Rating zusammen mit der FI einen integrierten Datenhaushalt schafft. Eine einheitliche Datendefinition und eine strenge Qualitätssicherung der Datenproduktion sichern einen hochwertigen und performanten Datenhaushalt. Von der Entstehung der Daten im Institut bis zur Ablieferung bei einem Adressaten ist eine ununterbrochene qualitätsgesicherte Leistungskette gewährleistet. In der Vergangenheit wurde mit einzelnen externen Servicedienstleistern und extern erstellten individuellen Tools vergleichsweise teuer gearbeitet. Das machen wir jetzt besser und preiswerter selbst.

Haben Sie Erkenntnisse, wie hoch die Kostenersparnis durch S Rating ist?

Im Prinzip kann das nur jedes Haus für sich beziffern. Sicher ist: Es ist deutlich günstiger, seitdem wir diese Arbeiten gebündelt haben.

Ist S Rating denn auch gerüstet für das Projekt des European Reporting Framework, das der EZB vorschwebt? Angesichts dieser Neuordnung des Meldewesens würde das Datenvolumen nochmals zunehmen.

Ja, die S Rating arbeitet sogar mit bei der Konzeption. Sie ist als Experteninstitution in den Arbeitsgruppen der EZB vertreten. Es gibt nicht so viele, die das können. Weil wir dort mit-

arbeiten, sind wir sicher, es später auch darstellen zu können.

Das Aufgabenspektrum von S Rating hat sich immer mehr erweitert. Zuletzt kam noch Data Analytics dazu. Was hat es damit auf sich?

Das ist der dritte Geschäftsbereich, der aufgebaut wird. Es liegen in den Sparkassen sehr viele Daten vor, die unter Beachtung der Datenschutzgrundverordnung sinnvoll für unsere Kunden genutzt werden können.

Wie funktioniert das? Versucht man, aus den Kundendaten etwas herauszulesen und auf die Kunden zugeschnittene Produkte anzubieten?

Die Beratung des Kundenbetreuers wird durch datenbasierte Erkenntnisse wesentlich verbessert.

Wie geht es weiter mit S Rating? Es gibt eine Reihe von anderen Bereichen. Das Modell ist immer gleich: Die S Rating konzipiert, die Konzeptionen werden gemeinsam mit der FI aufgesetzt und am Ende mit Unterstützung der Regionalverbände an die einzelnen Sparkassen ausgerollt. Das ist ein Modell, das Zukunft hat. Wir wollen das in möglichst viele Bereiche ausweiten.

Können Sie sich auch vorstellen, weitere Dienstleistungen auszulagern beziehungsweise in neuen Gesellschaften zusammenzuführen, die dann für die gesamte Sparkassenlandschaft Dienstleistungen übernehmen?

Ich glaube nicht, dass wir neue Gesellschaften brauchen, weil wir mit der FI, dem Deutschen Sparkassenverlag, der S Rating, den Landesbanken und weiteren Verbunddienstleistern schon heute für die Sparkassen zahlreiche Dienstleistungen bereitstellen. Ich kann mir aber vorstellen, dass die Bearbeitung von regulatorischen und prozessualen Fragestellungen zunehmend nach einheitlichen Mustern verläuft. Zahlreiche weitere Geschäftsprozesse sollten und könnten standardisiert werden. Das fängt bei den Arbeitsanweisungen an und endet nicht bei den Dokumentationspflichten. Aber

„Nur durch ein standardisiertes Vorgehen können wir die Economies of Scale im Verbund erreichen, um auf der Kostenseite die Wettbewerbsfähigkeit der 386 Sparkassen zu erhalten.“

auch viele andere regulatorische Themen jenseits der Banksteuerung können entsprechend verarbeitet werden.

Wenn man die Sparkassen so über die Folgen des Zinstiefs klagen hört, muss man den Eindruck gewinnen, ihnen geht es so schlecht, dass sie kurz vorm Umkippen stehen. Haben Sie Sorgenkinder im Verbund?

Die Niedrig- und Negativzinsen sind eine erhebliche Belastung für die Sparkassen. Das wird sich auch in den nächsten Jahren zeigen. Selbst wenn die EZB einen vorsichtigen Wechsel in der Geldpolitik erläutern würde, würde es noch lange dauern, bis sich alles normalisiert hat. Und auch die Belastungen durch die Regulierung nehmen zunächst noch zu – wobei ich den Eindruck habe, dass die Politik zunehmend die Kollateralschäden sieht und bereit ist, diese Fehler zu bereinigen. Im aktuellen Umfeld kommt es mehr denn je auf die unternehmerischen Fähigkeiten der Sparkassen an. Deshalb haben die Regionalverbände ein besonderes Augenmerk darauf, dass es keine Sorgenkinder gibt. Im vergangenen Jahr haben die Sparkassen sehr gute Ergebnisse erzielt. Nach Bewertung und Steuern lag der Jahresüberschuss mit rund 2 Mrd. Euro in etwa auf Höhe des Vorjahres. Das kann sich sehen lassen. Aber wir sollten ehrgeizig bleiben. Die nächsten Jahre werden eher schwieriger. Das Interview führte Tobias Fischer.